

Spiegel der Parteien

Zur Rolle der Christen in der Politik

■ HELMUT SCHÜLLER im Gespräch



Helmut Schüller ist Universitätsseelsorger der Katholischen Hochschulgemeinde Wien, Geistlicher Assistent der Katholischen Hochschuljugend Wien, Studenten-seelsorger und Geistlicher Assistent des Forum Zeit und Glaube sowie Pfarrer von St. Stephan in Probstdorf. Er ist einer der Proponenten der „Pfarrer-Initiative“, auf die sich Peter Paul Kaspar in diesem Heft bezieht.

Helmut Schüller, ehemals Caritaschef und Generalvikar, ist der neue Geistliche Assistent des „Forum Zeit und Glaube“, wie sich der Wiener Katholische Akademikerverband neuerdings nennt. Als häufig geladener Gast bei Diskussionen zu sozialen und politischen Fragen hat er große Erfahrung mit der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Die innenpolitische Krise nach den Oktoberwahlen, die unübersehbare Dominanz der Taktik vor den Inhalten, gibt neuen Anlass, nach der Rolle von Christen in der Politik zu fragen. Peter Pawlowsky führte das folgende Gespräch.

Angesichts der Regierungsverhandlungen, auch der Veränderungen in der ÖVP, stellt sich wieder einmal die Frage: Haben Christen eigentlich in der Politik etwas verloren? Die Frage ist durch die Diskussion mit dem Islam zusätzlich aktuell, weil dort die Verbindung zwischen Staat und Religion eine viel engere ist. Was haben Christen in der Politik für eine Rolle zu spielen?

Schüller: Die Rolle der Christen in der Politik ergibt sich aus den Grundthemen des Neuen Testaments. Dort wird den Christen aufgetragen, Sorge zu tragen für seinen Menschenbruder, seine Menschenschwester. Das ist sicher nicht nur ein Auftrag zur zeitweiligen Karitativität, sondern verlangt auch, Sorge zu tragen, dass die Gesellschaft menschenfreundlich, menschenwürdig, geschwisterlich, solidarisch organisiert ist.

Könnte das nicht nur ein Auftrag an die christlichen Gemeinden sein, im Sinn einer Gegengesellschaft, aber nicht unbedingt die Aufforderung, dass Politik in der Öffentlichkeit des Staates gemacht wird?

Schüller: Die christliche Gemeinde kann keine Gegengesellschaft sein, es sei denn, sie wandert vollkommen aus den gesellschaftlichen Kreisläufen aus. Wenn sich die Christen innerhalb der Welt ansiedeln und teilhaben an den wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Kreisläufen, dann sind sie natürlich auch zur Mitgestaltung auf allen Ebenen verpflichtet. Christen können es sich nicht aussuchen, ob sie das auch gern tun würden, es hängt mit ihrem Grundauftrag zusammen. Da kommt das Christentum aus seinen jüdischen Wurzeln. Auch der Israelit war dazu beauftragt, einerseits zuzuse-

hen, dass die israelitische Gesellschaft eine gerechte und solidarische Gesellschaft ist. Sogar die Propheten, die eigentlich religiöse Figuren sind, haben den Glauben an seinen sozialen Auswirkungen gemessen. Israel hat zumindest in einigen Visionen auch die weltweite Dimension gehabt, etwa bei Jesaja, der von einem weltweiten Friedens- und Gerechtigkeitsreich spricht.

Wo liegt der Unterschied zwischen der islamischen Vorstellung von der Einheit zwischen Religion und Staat, die auch im Judentum gegeben war, und dem Christentum? Es heißt ausdrücklich: Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist; oder die berühmte und umstrittene Römerbriefstelle, derzufolge alle Obigkeit von Gott kommt. Wird da nicht im Neuen Testament eine andere Spur verfolgt als bei den Juden und im Islam?

Schüller: Im Christentum haben wir einen ersten Aufklärungsschub in der Worten Jesu selbst: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Da wird überraschend nüchtern getrennt. Ob der Islam dieselbe Entwicklung gehen wird wie das Christentum, das werden wir sehen. Wenn die Muslime in Europa leben, dann werden sie hier, jedenfalls die Mehrheit von Ihnen – das ist von Studien belegt – nicht davon ausgehen, dass sich die europäischen Staaten in islamische, schon gar nicht in theokratische Staaten verwandeln werden.

Trennung von Kirche und Staat ist also im Neuen Testament grundgelegt; aber in der Geschichte war das nicht immer so. Die Aufklärung des 18. Jahrhunderts hat dann tatsächlich gegen große christliche Widerstände diese Trennung gebracht. Heute stehen wir einem säkularen Staat gegenüber,

trotzdem sollen Christen gesellschaftlich wirksam sein. Unsere Politik funktioniert über Parteien und es hat einmal eine christlich-soziale Partei gegeben. Ist das eine Methode, oder geht es nur um den Einzelnen, der politisch tätig ist und nach seinem Gewissen handelt?

Schüller: Ich glaube, dass Christen einerseits in den politischen Diskurs einzubringen haben, was sie für eine Sicht von Gesellschaft, Wirtschaft und dem Zusammenleben der Menschen haben. Einbringen bedeutet aber schon, dass es da einen Pluralismus der Einschätzungen gibt. Christen werden in einer solchen Gesellschaft sicher auch vernetzt sein, d.h. sie werden das Einbringen miteinander effizient gestalten, was aber nicht logisch und zwingend zu einer eigenen politischen Partei führt; möglicherweise kann eine solche Vernetzung über die Parteien hinweg geschehen. De facto gehen wir in Österreich nach dem großen Versöhnungswerk Kardinal Königs davon aus, dass sich in allen politischen Lagern – und das ist belegt – Christen finden. Interessant wäre natürlich: Reden die Christen in der SPÖ mit den Christen in der ÖVP, diese mit den Christen in der FPÖ und mit den Christen bei den Grünen? Oder sehen diese verschiedenen Christen im Christentum jeweils etwas anderes und gehen daher in eine andere Parteien?

Worüber würden Christen aus den verschiedenen Parteien miteinander reden? Was sind die christlichen Grundsätze, nach denen Politik gemacht werden könnte?

Schüller: Ich glaube es ist und bleibt die christliche Soziallehre, die die Grundpfeiler aufzeigt: das Personalprinzip, das Gemeinwohl, das Solidaritäts- und das Subsidiaritätsprinzip. Das ist zum Teil nicht nur genuin christlich, sondern speist sich auch aus verschiedenen kulturellen Traditionen. Das sind, meine ich, die unverrückbaren Eckpfeiler, und daraus ergibt sich viel Diskussion mit verschiedenen anderen Anschauungen.

Es ist ja merkwürdig, dass selbst in Parteien, die sich dem Christentum nahe fühlen, wenig von der Verwirklichung der Soziallehre zu finden ist. Kann das auch damit zusammenhängen, dass vieles, was die Soziallehre verlangt, in der Kirche selbst nicht verwirklicht wird, insbesondere das Prinzip der Subsidiarität, dem ein starker kirchlicher Zentralismus gegenübersteht? Dadurch wird unglaublich, was nach außen verkündet wird.

Schüller: Das wird sicher eine der Ursachen sein, dass die Kirche selbst gerade da aussetzt, wo sie zeigen könnte, wie so etwas funktionieren kann. Aber es liegt vielleicht auch daran, dass diese Prinzipien sehr allgemein sind und zum Teil schon in politische Programme eingegangen sind, ohne dass sie so benannt werden. Noch dazu kommt, dass die christliche Soziallehre einerseits die extremen gesellschaftlichen Positionen zur Gesellschaftspolitik ausgleicht und daher auch in der Darstellung viel weniger radikal oder dramatisch klingt wie etwa Liberalismus oder Sozialismus.

Die christliche Soziallehre führt die richtigen Anteile von beiden zusammen – Solidarität und Gemeinwohl auf der einen Seite, Personalität und Subsidiarität auf der anderen Seite. Zusammenführung ist einfach nicht so spektakulär. Insofern die Sozialdemokratie nicht mehr der Sozialismus im Extremansatz vertritt, und liberale Prinzipien einbaut, hat sie sich an die christliche Soziallehre angenähert. Umgekehrt macht es die christliche Soziallehre denen schwer, die sich auf sie berufen, aber nur einen Teil davon verwirklichen wollen.

Wenn es Kreise in der ÖVP gibt, die sagen, das Christentum ist ja eine eigentums- und individualitätsfördernde Religion, dann ist das zwar richtig, aber wer den Aspekt der Solidarität und des Gemeinwohls ausblenden will, wird sich nicht mehr christlich-sozial nennen dürfen. Diese zwei Tendenzen haben sich auch in den Bündeln der ÖVP abgebildet. Ich erlebe es immer wieder, dass ich bei Diskussionen als Vertreter der christlichen Soziallehre auf dem Podium in die Mitte gesetzt werde zwischen einem Arbeiterkammerer und einem aus der Industriellenvereinigung.

Die christliche Soziallehre ist weniger ein konkretes Umsetzungsprogramm, als eine Art Reflexionsspiegel, mit der Frage: Ist noch alles an Bord?

Fast jedes aktuelle Thema kann man innerhalb dieser Quadrige der christlichen Soziallehre-Werte zur Diskussion stellen: Die christliche Soziallehre ist eine Art gesellschaftspolitischer Beichtspiegel, mit dem die Kirchen einen interessanten Dienst anbieten können.

Wie erklärt sich, dass Caritas und Diakonie jene Teile der Kirchen sind, die die größte Akzeptanz haben, während andere Elemente auf immer weniger Interesse stoßen?

Schüller: Ich glaube, dass Caritas und Diakonie deshalb so hoch geschätzt werden, weil sie ein Defizit der aktiven Politik ausfüllen. Dann

■ Ich sitze am Podium als Vertreter der christlichen Soziallehre oft zwischen Arbeiterkammer und Industriellenvereinigung.

■ **Es müsste in der Zukunftsstrategie der Kirche alle Kraft nicht nur in die Erhaltung der Pfarrgemeinden, sondern in die Gründung neuer Gemeinden gelegt werden.**

ist das auch die größte gemeinsame Schnittmenge zwischen kirchlichen und nichtkirchlichen Menschen; es ist für viele Zeitgenossen das Plausibelste an der Kirche. Natürlich genießt die Versorgung der Armen größere Sympathie, als der Religionsunterricht; nur wer die Zusammenhänge sieht, weiß, dass der Religionsunterricht wesentliche Beiträge zum gesellschaftlichen Leben bringt.

Warum fließt der Sympathiebonus nicht weiter, warum bleibt er bei der Caritas stecken? Vielleicht liegt es daran, dass Kirche als Ganze zu wenig im Zusammenhang wahrgenommen wird. Ich glaube, dass die wichtigste praktische Umsetzung von Caritas durch die Gesamtkirche in den Pfarrgemeinden geschieht.

Caritas hat immer zwei Beine: die institutionelle Caritas mit ihren Spezialeinrichtungen und die sozial-solidarische Praxis der Christen in den Gemeinden; dort sind die Sorge für die Armen, die Wortverkündigung und die Eucharistiefeier sichtbar miteinander verknüpft. Es müsste in der Zukunftsstrategie der Kirche alle Kraft nicht nur in die Erhaltung der Pfarrgemeinden, sondern in die Gründung neuer Gemeinden gelegt werden. Nicht nur deshalb, damit es mehr Gottesdienste und mehr Sakramente gibt, sondern weil diese Vernetzung an der gesellschaftlichen Basis unglaublich viel auch für das soziale Leben einer Gesellschaft bedeutet. Und daher verstehe ich überhaupt nicht, dass man Pfarrgemeinden zusammenlegen will.

Die Gegenthese ist richtig: Wir gründen neue Pfarrgemeinden, es gibt zu wenige und nicht zu viele. Man zählt immer die Katholikenköpfe und die Priesterzahlen, statt auf das zu sehen, was in der Gesellschaft zu tun ist.

Was in der Gesellschaft zu tun ist: Damit sind wir wieder bei den Christen in der Politik. Ist es tatsächlich die Basis, sind es die christlichen Gemeinden, in denen das politische Engagement wächst?

Schüller: Wo werden denn sonst noch wichtige gesellschaftliche Zukunftsfragen gewälzt? Und wo sitzt noch ein derartiger Querschnitt von Bürgern beisammen, die sich Mühe machen zu verstehen, worin der Zusammenhang zwischen dem Norden und dem Süden der Welt besteht, was die Gesellschaft zusammen hält, wozu ein Grundeinkommen gut ist?

Das ist ein Kapital, das von den Bischöfen vollkommen unterschätzt wird. Dort wird das meiste an christlicher Politik umgewälzt, viel mehr als durch eine noch so gelungene Äuße-

rung eines Bischofs anlässlich einer Konferenz. Da sind die Dinge vital, auch das christlich-soziale Programm, das dann von einem bloßen Gedankengebäude zu einer praktizierten Sache wird.

Wir sind in einer politischen Umbruchsituation, der Gedanke der Solidarität ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Wird die christliche Soziallehre – konsequent durchdacht – zur Forderung nach unbequemer Selbstbeschränkung führen? Wie könnte man sie dennoch wieder stärker zur Geltung bringen?

Schüller: Ich glaube, dass das offensiver möglich wäre, und zwar in zweierlei Richtungen: Einerseits sollte der Zusammenhang zwischen Solidarität und Personwürde klar herausgearbeitet werden. Das hat Sprengkraft in beide Nachbar-Soziallehren – in den Liberalismus hinein ebenso wie gegenüber dem sozialistischen Gedankengut, weil es die Frage nach der persönlichen Verantwortung bei Inanspruchnahme der sozialen Sicherheit stellt.

Christliche Soziallehre wird wieder aktuell und interessant werden, wenn sie offensiv als Kritik an den Einseitigkeiten der politischen Konzepte formuliert wird. Sie wird zweitens für zukünftige Politiker eine gute Formung sein.

Die Kirche sollte sich durchaus zutrauen, auch politische Bildung bis hin zur Politikerbildung anzubieten. Was der christlichen Soziallehre wahrscheinlich den größten Konflikt einbringen wird, das ist die Einbringung des globalen Aspekts, der momentan vollkommen fehlt. Ich habe mir im vergangenen Wahlkampf angesehen, ob irgendeiner der prominenten Politiker wenigstens einen kurzen Stehsatz zum Nord-Süd-Konflikt fallen lässt: Nicht ein einziger.

Die Politik greift dieses Thema nicht an, weil man weiß, dass die Konfrontation mit dem Nord-Süd-Thema sehr unbequem ist. Sie führt zum Einbekenntnis extremer Ungleichheit, zur Frage, wie kommen wir zur Abschmelzung dieser Ungleichheit und was bedeutet das an Umbaufordernis unserer eingespielten Gesellschaften.

Darin ist eine Menge Unpopuläres verpackt. Auch hier hat die Kirche, haben Christen eine Aufgabe, solche Themen mit langem Atem durchzuhalten, bis es einmal klar wird, dass es da nicht um ein Hobbythema von Gutmenschen geht, sondern dass jede Politik, die dieses Thema ausklammert, gegen die politische Vernunft und gegen die Interessen der Zukunft handelt.